

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 151. Ratssitzung vom 12. April 2017**

**2856. 2017/79**

**Postulat von Mathias Manz (SP) und Katharina Prelicz-Huber (Grüne) vom  
29.03.2017:**

**Büros im Verwaltungstrakt des Bundesasylzentrums auf dem Duttweiler-Areal,  
primäre Nutzung durch die Rechtsvertretung der Asylsuchenden**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Mathias Manz (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2809/2017): In unserem eingereichten Postulat möchten wir den Stadtrat einladen, die Räumlichkeiten im Verwaltungstrakt des neuen Bundesasylzentrums Duttweiler-Areal hauptsächlich den Mitarbeitern der Rechtsvertretung zuzuteilen. Wir haben einen dreigeschossigen Gebäudekomplex, der wiederum in drei Bereiche gegliedert ist. Das Asylverfahren soll im neuen Asylzentrum durchgeführt werden, darunter fällt auch die Einreichung des Gesuchs. Für weitere Gespräche oder Besprechungen mit Rechtsvertreterinnen oder Rechtsvertretern ist geplant, dass diese wie bis anhin im Verwaltungsgebäude an der Förrlibuckstrasse durchgeführt werden. Für die Wahrnehmung der Termine müssen die Asylsuchenden sich selbständig dorthin begeben. Es ist deshalb naheliegend, dass sich das SEM Gedanken gemacht hat, die Räumlichkeiten im Verwaltungstrakt neben der Rechtsvertretung auch zu nutzen, da sich die jetzigen Verwaltungsbüros zu weit weg von den Asylsuchenden befinden. Der Bund hat die Räume bestellt, allerdings gibt es keine konkreten Pläne wie viele Mitarbeitenden dort arbeiten werden. Wir sind der Meinung, dass es gute Gründe gibt, eine räumliche Trennung zwischen der Verwaltung und den Asylsuchenden einzurichten. Der Umstand, dass das SEM sowie die Beratung und Rechtsvertretung im gleichen Gebäude untergebracht sind, wirkt sich durchaus negativ auf das Vertrauen der Asylsuchenden aus. Gerade bei verletzlichen Personen und Personengruppen könnte das zu Misstrauen und zur Frage führen, ob die Rechtsvertretung überhaupt in ihren Interessen handelt. Die Unabhängigkeit für die Beratung und Rechtsvertretung muss, aus unserer Sicht, auf alle Fälle gewährleistet bleiben und die Arbeit sowie die Aufenthaltsräume ganz klar abgetrennt werden von den Mitarbeitern des SEM. Der geplante Verwaltungstrakt im Bundesasylzentrum Duttweiler-Areal bietet daher ideale Möglichkeiten, dass Beratungen zwischen den Asylsuchenden und ihren Rechtsvertretungen in einem geschützten Rahmen stattfinden können und die Beratungsräume sich nah bei den Klienten befinden.*

***Roberto Bertozzi (SVP)** stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Wir haben anlässlich der Asylgesetzrevision immer signalisiert, dass wir gegen die kostenlosen Rechtsvertretungen sind und deshalb lehnen wir konsequenterweise den Verwaltungstrakt ab, der für die Rechtsvertretungen im BAZ vorgesehen ist.*

2 / 2

Das Postulat wird mit 98 gegen 18 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat